



Zeitung für die Region Basel

Psychologin
Wie Erlebnisse
aus früherer
Kindheit
einen prägen.
Kultur & Leben

AZ 4410 Liestal | Nr. 81
195. Jahrgang | Fr. 5.00
bzbasel.ch

Stromversorgung
GLP-Co-Präsident
Thomas Tribelhorn
kritisiert AKW als
enorm anfällig.
Region

**Französische Spargeln
aus Cavaillon**

dazu die weltbeste Mayonnaise
vom Ochsen und Krustenschinken



Natura-Qualität
Neu: Metzgerhuus-Shop 365

Waffenruhe im Iran: Die Folgen für die Welt und den Benzinpreis

Trumps Kehrtwende bringt im Iran-Krieg eine kurze Atempause – doch die Lage bleibt angespannt.

Kurz vor dem Ablauf seines Ultimatums verkündete US-Präsident Donald Trump gestern Morgen einen zweiwöchigen Waffenstillstand. Zuvor hatte er noch gedroht, den Erzfeind Iran in Schutt und Asche zu legen. Am kommenden Samstag soll es nun zu direkten Verhandlungen mit dem Iran in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad kommen. Die US-Delegation werde von Vizepräsident JD Vance angeführt, erklärte das Weisse Haus in Washington. Damit kommt es im vor Monatsfrist losgetretenen Iran-Krieg zumindest kurzzeitig zu einer Atempause.

Die Erleichterung war insbesondere in der Wirtschaftswelt gross, da Iran vorläufig das Nadelöhr an der Strasse von Hormus wieder öffnen will. Zwar reagierten die Börsen zunächst euphorisch auf die Neuigkeit. Und auch der Ölpreis fiel rasant. Doch die Krise ist längst nicht ausgestanden. Selbst wenn

es bald zu einem dauerhaften Friedensschluss kommen sollte, werden die Nachwirkungen von Trumps Krieg noch lange zu spüren sein.

So könnte der Ölpreis hoch bleiben. Der aktuelle Kurs von 95 Dollar zeigt, dass die Märkte noch immer in Alarmbereitschaft sind. Zu Beginn des Jahres hatte das Fass noch 60 Dollar gekostet. Zudem sind die Kriegsschäden an den Raffinerien im Nahen Osten immens. Deshalb rechnet auch die Flugbranche nicht mit einer raschen Entspannung. Das gilt auch für die hiesigen Benzinpreise. Selbst wenn die Ölpreise jeweils sinken, ziehen die Tankstellen erst verzögert nach. Experten rechnen damit, dass es bis zu zwei Monate dauern wird, bis die Produktionskapazitäten und die Handelsrouten sich wieder normalisiert haben. (mpa/nav/dz/bwe/rr/fho)

Schwerpunkt, Wirtschaft

Verbotene Werbung? Swissmedic überprüft Abnehm-Reklame

Übergewicht Der US-Pharmakonzern Eli Lilly hat eine Kampagne lanciert, um über die Ursachen von Adipositas zu informieren. Darin schreibt der Hersteller von Abnehmspritzen etwa, dass die Betroffenen nicht schuld an ihrem Gewicht seien. Eli Lilly sieht die Kampagne als Aufklärung, nicht

als Arzneimittelwerbung. Solche wäre für rezeptpflichtige Medikamente wie die Abnehmspritzen verboten. Ob Swissmedic das auch so sieht, wird sich zeigen. Nachdem CH Media die Behörde auf die Kampagne aufmerksam gemacht hatte, leitete sie eine Prüfung ein. (mpa)

Wirtschaft

Die Schweiz beherrscht die Kunst des Durchwurstelns



Aussenminister Ignazio Cassis nennt das Durchwursteln eine Schweizer Kernkompetenz. Von der EU-bedingten Wurstkrise bis zu lokalen Meisterschaften wie hier in Buckten zeigt sich: Die Schweiz findet fast immer einen eigenen Weg. **Schweiz**

Bild: Juri Junkov

Immer mehr Demente, aber das Baselbiet ist kaum darauf vorbereitet

Heime Um 50 bis 75 Prozent wird die Anzahl der Dementen in der Schweiz bis 2050 ansteigen. Entsprechend mehr Demente müssen in Heimen gepflegt werden, auch im Baselbiet. Doch der Kanton ist nicht darauf vorbereitet. Er schiebt die Verantwortung auf die Versorgungsregionen ab. Doch auch

diese wissen noch nicht, wie sie die Explosion der Demenzfälle bewältigen wollen. Es gibt allerdings einige Ansätze. Auf regionale Spezialisierung setzt ein geplantes Demenzzdorf in Frenkendorf. Womöglich werden auch bestehende Heime ihre Demenzplätze ausbauen können. (mec)

Region

Riehener FDP-Politiker kritisiert Untätigkeit des Gemeinderats

Mobilfunkloch In Riehen sorgt das schlechte Netz zunehmend für Ärger. FDP-Einwohnerrat Carol Baltermia kritisiert den Gemeinderat. Dieser mache zu wenig, um das Problem in absehbarer Frist zu lösen. Schlechter Handyempfang ist in der Gemeinde schon seit Jahren ein Thema. Grund

dafür sind auch zahlreiche Einsprachen, die auf Baugesuche für Funkmasten folgen. Baltermia zeigt sich enttäuscht über die neuste Antwort des Gemeinderats auf einen Vorstoss. Nun will die FDP selbst aktiv werden und lädt die Mobilfunkanbieter an einen Runden Tisch. (zaz)

Region

Bussenflut belastet Staatsanwaltschaft

Birsfelden Das Birsfelder Bussenregime bringt der gebeutelten Gemeindekasse einen Geldsegen und den Anwohnenden entlastete Quartierstrassen. Doch die Bussen beschäftigen zunehmend auch die Staatsanwaltschaft. Jede unbezahlte oder angefochtene Busse wird zum Fall, der einzeln bearbeitet werden muss. (lvg)

Region

«Atomkraftwerke sind enorm anfällig»

GLP-Co-Präsident Thomas Tribelhorn kritisiert die bürgerlichen Nationalrätinnen der Region, weil sie für den Neubau von AKW sind.

Andreas Möckli

Die Baselbieter Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter hat sich im Gespräch mit der bz klar für die Aufhebung des Neubauverbots von Atomkraftwerken positioniert. Ratskollegin Daniela Schneeberger von der FDP ist gleicher Meinung. Damit ist die Mehrheit der Baselbieter Nationalratsdelegation für die Streichung des Neubauverbots. In Basel-Stadt spricht sich LDP-Nationalrätin Patricia von Falkenstein dafür aus. Der Baselbieter GLP-Co-Präsident Thomas Tribelhorn ärgert sich über die Aussagen der Nationalrätinnen. Der 56-Jährige ist Betriebswirt und Geschäftsführer der Genossenschaft Adev, die auf den Ausbau erneuerbarer Energien fokussiert.

Sie haben sich aufgrund der bz-Recherche gemeldet, wonach sich die bürgerlichen Nationalrätinnen beider Basel für die Aufhebung des Neubauverbots von AKW aussprechen. Sie sind entschieden anderer Meinung. Weshalb?

Thomas Tribelhorn: Mit der Forderung, den Bau neuer Atomkraftwerke wieder zu ermöglichen, lenken die bürgerlichen Nationalrätinnen davon ab, dass wir vor allem auf den Ausbau erneuerbarer Energien setzen müssen. Stattdessen wollen sie sinnlose Diskussionen darüber führen, ob vielleicht in zehn oder 15 Jahren ein neues AKW gebaut wird. Bei den AKW der vierten Generation handelt es sich um «Powerpoint-Reaktoren», sie existieren erst auf Folien, es gibt noch keine Prototypen, die belegen, dass deren Technologie funktioniert. Immerhin erwähnen auch Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter und LDP-Nationalrätin Patricia von Falkenstein die Bedeutung des Ausbaus erneuerbarer Energien.

Was spricht aus Ihrer Sicht gegen Atomstrom?
Die Technologie ist enorm anfällig für Sabotage oder Kriege. Das zeigt sich etwa in der Ukraine mit dem Reaktor in Saporischschja, der ständig beschossen wird. Auch im Iran-Krieg



Der Baselbieter GLP-Co-Präsident Thomas Tribelhorn (56) stellt die Listenverbindung mit der Mitte-Partei für die kommenden Nationalratswahlen infrage.
Bild: Kenneth Nars

werden AKW in Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten beschossen. Darüber hinaus stellen Atomkraftwerke eine grosse Herausforderung für die Versorgungssicherheit dar. Denken Sie nur an die Abschaltung des Reaktors in Gösgen im vergangenen Jahr. Ich möchte nicht die zuständige Person bei der Netzgesellschaft Swissgrid

sein, die für die Ersatzbeschaffung zuständig ist.

Die Befürworter argumentieren, dass AKW gerade im Winter grosse Mengen an Strom zuverlässig liefern.
Atomstrom ist eben nicht zuverlässig, was der Unterbruch in Gösgen von fast zehn Monaten exemplarisch zeigt. Zudem gibt

es keine konstante Nachfrage nach Strom. Am Ostersonntag waren die Strompreise negativ, weil alle Energieträger insgesamt zu viel Strom produzierten. Gerade im Sommer produzieren AKW zusammen mit den erneuerbaren Energien zu viel Strom, weshalb Photovoltaik-Anlagen abgeschaltet werden müssen, weil AKW nicht flexi-

«Die Risiken sind gar nicht versicherbar.»

Thomas Tribelhorn
Co-Präsident GLP

bel gefahren werden können. Zudem bleiben wir mit Atomstrom auch vom Ausland abhängig. Uranvorkommen gibt es in der Schweiz nicht.

1000 neue Windränder in der Schweiz scheint angesichts des grossen Widerstands völlig unrealistisch.
Der Widerstand ist nicht überall so gross. So hat das Stimmvolk des Kantons Luzern entschieden, dass der Bau von grossen Windkraftanlagen nicht durch lange Bewilligungsverfahren verzögert werden soll. Auch in anderen Kantonen macht die Bevölkerung gute Erfahrung mit Windrädern. Gerade in der Westschweiz wird einiges gebaut.

Im Baselbiet harzt es dagegen.
In MuttENZ hat die Bevölkerung im zweiten Anlauf den Bau eines Windrads erlaubt. Auch in anderen Gemeinden in der Schweiz sendet die Stimmbewölkerung positive Signale.

In der AKW-Debatte geht es vorderhand nur um die Aufhebung des Neubauverbots. Ob AKW tatsächlich gebaut werden können, ist offen. Warum sperren Sie sich dennoch?
Es ist noch keine zehn Jahre her, als sich das Schweizer Stimmvolk für ein Neubauverbot von AKW ausgesprochen hat. Parteien wie die SVP argumentieren stets, es gelte den Volkswil-

len zu akzeptieren. Doch das ist nur der Fall, wenn die Abstimmungen zu ihren Gunsten ausgehen. Aber ich sage auch, dass aus liberaler Sicht an sich sämtliche Verbote und Subventionen aufgehoben werden können.

Wie meinen sie das?
In einem solchen Fall müssten sämtliche Energieträger vom Markt finanziert und die Risiken eigenständig getragen werden. Damit können Sie Atomkraftwerke vergessen, weil deren Risiken gar nicht versicherbar sind. Wenn es wie in der Theorie nur alle 100'000 Jahre zu einem Atomunglück käme, dann könnten die Versicherer die Risiken decken. Doch schon nur seit 1968 hatten wir mit Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima drei schlimme Vorfälle. Es geht daher nicht an, dass die Bevölkerung die Risiken tragen muss und die Betreiber die Gewinne einstreichen.

Elisabeth Schneider-Schneiter konnte bei den Nationalratswahlen 2023 von der Listenverbindung zwischen der Mitte und Ihrer Partei profitieren. Ist diese für die kommenden Wahlen angesichts der Haltung Schneider-Schneiters zu den AKW nun infrage gestellt?
Die Haltung von Frau Schneider-Schneiter in dieser Frage ist Teil unserer Überlegungen. Hinz kommt, dass wir Mühe damit haben, wie sich die Mitte, im Landrat verhält. Die Partei hat – statt mit uns – verschiedentlich mit FDP und SVP gestimmt. Beispiele sind unser Vorstoss für die Stellvertretungsregelung im Landrat oder der Gegenvorschlag zur Solarinitiative.

Was fordern Sie von der Mitte konkret, um die Listenverbindung aufrecht zu erhalten?
Wir müssen in Schlüsselthemen wie etwa beim Zubau erneuerbarer Energien einen gemeinsamen Weg finden.

Gibt es dazu Gespräche mit der Mitte?
Selbstverständlich sind wir mit der Partei im Kontakt, um konstruktive Lösungen zu finden. Zum jetzigen Zeitpunkt ist für mich eine erneute Listenverbindung eher schwierig vorstellbar.

Kadermann verliert Millionen-Streit

Dennis Kalt

Ein früherer Konzernjurist und COO hat seinen ehemaligen Arbeitgeber, eine Firma aus dem unteren Fricktal, auf Zahlungen von über 1,2 Millionen Franken verklagt. Nachdem das Bezirksgericht Rheinfelden und das Obergericht die Klage abgewiesen hatten, gelangte er ans Bundesgericht.

Vor den Lausanner Richtern machte er geltend, seine Kündigung sei gezielt erfolgt, um ihm

einen hohen Bonus vorzuenthalten. Streitpunkt ist ein Bonusplan aus dem Jahr 2018. Dieser sah zwei Varianten vor: einen «Good Leaver»-Bonus – eine vergleichsweise tiefere, garantierte Zahlung beim Austritt – sowie einen deutlich höheren «Exit Multiple» im Fall eines Firmenverkaufs, der sich am Unternehmenswert orientiert. Der Arbeitnehmer wurde im Juni 2021 entlassen, rund fünf Monate vor dem Verkauf des Unternehmens. Für ihn ist klar:

Die Kündigung diene einzig dazu, ihn vom lukrativen Exit-Bonus auszuschliessen. Entsprechend verlangte er neben einer Entschädigung wegen missbräuchlicher Kündigung auch über 1,1 Millionen Franken aus dem Bonusplan. Das Bundesgericht urteilte, dass keine sogenannte Rache- oder Vereitelungskündigung vorliege. Auch sei die einfache Austrittszahlung in der Höhe von rund 282'600 Franken legitim gewesen.

Zwar sei die zeitliche Nähe zwischen Kündigung und Firmenverkauf auffällig, räumte das Gericht ein. Doch allein daraus lasse sich nicht ableiten, dass sie einzig deswegen erfolgt sei. Der Arbeitnehmer müsse die Missbräuchlichkeit beweisen, eine Vermutung genüge nicht. Vielmehr durfte die Vorinstanz laut Bundesgericht davon ausgehen, dass das Vertrauensverhältnis zwischen dem Kläger und dem CEO bereits zuvor zerrüttet war.

Oberwil hat jetzt einen Markt

Neuheit Am kommenden Mittwoch findet in Oberwil zum allerersten Mal der Gmeini-Märt statt. Auf dem Gemeindehausplatz vor der Hauptstrasse 24 bieten regionale Produzentinnen und Produzenten ihre frischen Waren an – «von knackigem Obst und Gemüse über handgemachte Backwaren, Schnittblumen, Topfpflanzen und Kräuter bis hin zu Eier, Sirup, Konfitüren und Honig», wie der Gemeinderat schreibt. Der Markt findet von April bis Oktober jeden Mittwochvor-

mittag von 8.30 bis 11.30 Uhr statt. Die Gemeinde lanciert den Gmeini-Märt im Rahmen eines Pilotprojekts. Sie will so herausfinden, ob ein Wochenmarkt den Bedürfnissen der Oberwiler Bevölkerung entspricht. In Oberwil sind zwar einzelne Märkte etabliert, ein regelmässiger Dorf- oder Wochenmarkt mit längerer Tradition ist jedoch nicht belegt. Die Gemeinde war historisch ein Bauerndorf ohne ausgeprägte Handelsfunktion. (mec)